

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Lateinamerika-Uebersicht. Apertura a Europa  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095536>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Lateinamerika-Uebersicht

# Apertura a Europa

Von Alphonse Max

**Der Tour d'horizon unseres Korrespondenten aus Montevideo mit den Bestrebungen im lateinamerikanischen Kontinent, anstelle der in die Defensive gedrängten USA andere Partner zu finden.**

Die «Apertura a Europa», mit der verschiedene lateinamerikanische Staaten ihre Position gegenüber den USA aufzuwerten hoffen, beginnt langsam Form anzunehmen, besonders in Argentinien.

Der argentinische Aussenminister Nicanor Costa Méndez ging in seiner vor kurzem durchgeführten Europa-Reise buchstäblich in den Fussstapfen des Präsidenten Onganía, der vor seiner nach einem Putsch erfolgten Amtsübernahme eine ähnliche Reise unternommen hatte. Dies lässt darauf schliessen, dass die Politik der Annäherung an Europa, jedenfalls was Argentinien betrifft, schon seit langem erwogen und geplant wurde und dass es sich um keine Improvisation handelt. Costa Méndez betonte in Europa, dass er vor allem daran interessiert sei, die kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Beziehungen zu Europa zu erweitern.

Die technologische Zusammenarbeit ist das Thema, für das sich die argentinische Regierung am meisten erwärmt, vor allem auf dem Gebiet der Kernenergie, wo ein Abkommen mit Frankreich, später aber auch mit Deutschland geplant ist, wonach argentinische Studenten französische bzw. deutsche Universitäten besuchen und Experten der europäischen Länder in Argentinien arbeiten sollen. Die Tendenz, die sich in bezug auf ganz Europa bemerkbar macht, dass zwar immer mehr nach Argentinien ausgeführt, aber gleichzeitig immer weniger dort eingekauft wird, war wohl (ohne viel Aussicht auf baldige Veränderung) ein Gegenstand der Gespräche, hat jedoch anscheinend keinen Einfluss auf Argentiniens Interesse auf den Gebieten ausserhalb des Kommerziellen.

Nachdem Siemens das erste lateinamerikanische Atomkraftwerk in Atucha (Argentinien) bauen wird, ist nun auch Brasilien an der Errichtung eines derartigen Werkes interessiert. Im Bundesstaat Minas Gerais verfügt Brasilien über riesige Vorräte von Thorium, die, wenn sich die Regierung entschliessen sollte, dieses Metall zu fördern, die Lieferung von angereichertem Uran aus den USA überflüssig machen würden. Dies

würde der Bundesrepublik Deutschland, die einen grossen Vorsprung im Bau von Thoriumreaktoren hat, einen potentiellen Markt bieten. Auch Uruguay, Chile und andere Länder sehen den Bau von Atomreaktoren innerhalb der nächsten 10–12 Jahre vor. Der Besuch des bundesdeutschen Ministers Stoltenberg in Lateinamerika war als der offizielle Anfang dieser internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit gedacht.

Japan wiederum hat gute Aussichten, seinen Handel, aber auch seine technologischen Beziehungen mit Lateinamerika zu erweitern. Kanada, das sich viele Jahre hindurch aus Rücksicht auf seinen Status als Commonwealth-Mitglied Lateinamerika gegenüber äusserst zurückhaltend verhielt, sandte vor kurzem eine Delegation in den südlichen Teil des Kontinents, die nach ihrer Rückkehr über gute Möglichkeiten zur Erweiterung des Tourismus, des Handels und der technischen Zusammenarbeit berichtete.

Nun erklären und wiederholen die Regierungen Lateinamerikas, dass sie ausländisches Kapital willkommen heissen. Peru, das fürchtet, durch die Verstaatlichung der US-Oelgesellschaft International Petroleum Company unter den ausländischen Investoren unbeliebt geworden zu sein, betont ausdrücklich, dass der Fall IPC eine Ausnahme bilde und dass das Land alle ausländischen Investitionen befürwortet. Gerüchte, wonach die peruanischen Militärs, die seit Oktober 1968 an der Regierung sind, eine nasseristische Gruppe bilden könnten, bleiben jedoch weiterhin im Umlauf.

Zwar verhält sich die Bevölkerung apathisch, aber es ist offensichtlich, dass die peruanische «Revolution» völlig verschieden ist von der argentinischen, nach der sie sich angeblich richtete (und von der sie auch, mindestens moralisch, unterstützt wurde). Beide Regierungen sind zwar bis zu einem gewissen Grad «nationalistisch», aber während in Peru die Regierung ausschliesslich in den Händen des Militärs ist, kann man dasselbe von Argentinien nicht behaupten. Der argentinische Präsident ist in der Tat ein Generalleut-

nant, aber seine Minister und Berater sind alle Zivilisten, und es hat wohl keine vorherige Regierung so viel getan wie Onganía, damit jedes Arbeitsgebiet innerhalb des Staates, einschliesslich der Streitkräfte, von Spezialisten in den verschiedenen Fächern geleitet wird. Mit anderen Worten: die Offiziere kümmern sich heute fast ausschliesslich um militärische Angelegenheiten und werden vom Präsidenten von der Politik ferngehalten.

Inzwischen ist Washington bemüht, eine andere Auseinandersetzung mit Lateinamerika auszubügeln: die Zwistigkeiten bezüglich der Hoheits- und Fischereirechte. Die USA halten sich an das klassische Prinzip, dass drei Meilen eigentliche territoriale Gewässer und neun weitere Meilen für den Fischfang ausschliesslich der betreffenden Länder bestimmt sind. Chile, Peru und Ecuador beanspruchen jedoch 200 Meilen. Es soll in Kürze eine Konferenz stattfinden, um diese Angelegenheit zufriedenstellend zu regeln. Ein ähnliches Problem mit Argentinien wurde vor einiger Zeit akut, ist jedoch inzwischen in Vergessenheit geraten. Ausländische Schiffe, die innerhalb der 200-Meilen-Grenze fischen wollen (es handelt sich hier in der Hauptsache um sowjetische Fischereischiffe), müssen um Erlaubnis anfragen und eine bestimmte Gebühr bezahlen. An der Pazifikküste Südamerikas fischen vorläufig noch keine Russen, sondern vor allem Nordamerikaner, Japaner usw. In Anbetracht der erhöhten Tätigkeit der sowjetischen Flotten in allen Meeren der Welt ist jedoch zu erwarten, dass sie demnächst auch an der Westküste Lateinamerikas aktiv werden. Dass die sowjetischen Fischereischiffe Spionagevorrichtungen enthalten, ist zur Genüge bekannt. Es kann Washington daher nicht ganz unangenehm sein, wenn die Peruaner, Chilenen und Ecuadorianer darauf bestehen, keine ausländischen Fischer in der Nähe ihrer Küsten zu dulden, selbst wenn dies zum Nachteil der nordamerikanischen Fischerei geschieht.

Aber auch die winzige karibische Insel Anguilla will nichts mit «Ausländern» zu tun haben. Darunter verstehen die Anguillaner nicht nur die Engländer, als deren Kolonie sie viele Jahre hindurch lebten, sondern auch die Bewohner der benachbarten Inseln St. Kitts und Nevis, mit denen Anguilla sich weigerte, eine Inselföderation zu bilden, um zur Unabhängigkeit zu gelangen. Nun fordern die 6000 Anguillaner für ihre 25 Quadratkilometer grosse Insel völlige Autonomie — mit einem Sitz in der UNO. Allerdings soll ihr Enthusiasmus von professionellen Agitatoren entfacht worden sein, deren allgemeines Ziel es ist, Unruhe in der ganzen westlichen Hemisphäre zu schaffen. Die Bevölkerung der Insel erhielt angeblich grosse Mengen von Waffen von einem exilierten ultralinken Nordamerikaner, der die Leute zur Rebellion aufhetzte.

In Bolivien, Kolumbien und Venezuela hat sich die Guerillabewegung wieder leicht belebt, obgleich ihre Chancen, die Landbevölkerung für sich zu gewinnen, sogar um in den Städten Terror zu entfachen, ständig geringer werden. Sowohl in Venezuela als auch in Kolumbien sind die Partisanengruppen gespalten und unter sich verfeindet, ähnlich wie seinerzeit die Guerillas in Jugoslawien, die gemeinsam gegen die Deutschen kämpften, aber nicht weniger gegeneinander. Während ein Teil der venezolanischen Guerillaorganisationen ein Friedensabkommen mit der Regierung des kürzlich gewählten Christdemokra-

**denz** clichés bern

Tschannerstrasse 14  
Telefon 031-451151



Der Vogelfänger. («Semana», Caracas)

## Koordination der Rebellen in Venezuela

In Venezuela hat der Wahlsieg der Christlich-demokraten dem Lande keinen Frieden gebracht. Die Extremisten verschiedener Schattierungen, die ihre Kräfte sowohl durch ideologische Richtungskämpfe als auch durch persönliche Rivalitäten beeinträchtigt sahen, bemühen sich nunmehr offensichtlich um Koordination und sind auf verschiedenen Fronten zur Offensive übergegangen. Die Guerilla-Tätigkeit in den verschiedenen Teilen des Landes hat sich verstärkt, und spektakuläre Akte, wie die Entführung eines Flugzeugs der «Aeropostal Venezolana» nach Kuba, sollen im demokratischen Segment der Bevölkerung zusätzliche Verwirrung stiften.

Zurzeit scheint es, dass Havana seine Hilfe verschiedenen Gruppierungen direkt zukommen lässt, die zuvor auf die Partisanen von Douglas Bravo kanalisiert war, dessen erster Gefolgsmann Luben Petkoff allerdings auch als sein erster Rivale um die Gunst Castros zu betrachten war. Die konkurrierende Bewegung der Revolutionären Linke (MIR) ihrerseits, die konsequent für die bewaffnete Form des politischen Kampfes eingetreten war, sieht sich durch kubanische Waffen und Instruktionen belohnt, wofür sie offenbar bereit ist, ihre Aktionen mit den Unternehmungen der übrigen Kräfte einer gewaltsamen Opposition abzustimmen. S. H.

ten Caldera abzuschliessen beabsichtigt, das den Mitgliedern die Auswanderungsmöglichkeit garantiert, hielt sich Douglas Bravo, der bedeutendste Partisanenführer Venezuelas, mehrere Tage in Kuba auf, um dort die Weiterführung der Guerillatätigkeit im Bundesstaat Falcon zu besprechen. Kurz vorher hatte eine Guerillerguppe die nordamerikanische Texas Petroleum Company überfallen und 55 000 Dollar geraubt. Aber es handelt sich hier, wie auch in Brasilien und Bolivien, eher um vereinzelte Aktionen, mit denen die immer besser ausgebildeten und mit immer moderneren Ausrüstungen ausgestatteten Heereseinheiten verhältnismässig leicht fertig werden können. Auch die städtische Terrorgruppe in Uruguay, «Tupamaros», wird allmählich von der Polizei aufgespürt und dezimiert, obgleich eine Reihe Mitglieder und Helfershelfer, gegen die keine Beweise gefunden werden, wieder freigelassen werden müssen. ■

Breschnews Gehilfen in Ungarn waren auch Rakosis Gehilfen

## Das «unbelastete» Budapest

Von J. F. Balvany

Sein europäisches Sicherheitskonzept lässt Moskau der aussersowjetischen Welt durch Budapest offerieren. Welches ist heute die Beschaffenheit des Proponentenlandes selber und die des hier waltenden Regimes? Diese Frage durch die Beleuchtung einiger leitender Persönlichkeiten zu beantworten haben wir den einzigen, gegenwärtig in Ungarn akkreditierten Korrespondenten der Schweizer Presse, J. F. Balvany, gebeten.

Dasselbe Gericht, das den Schauprozess gegen Kardinal Mindszenty veranstaltet hatte, «urteilte» zwei Jahre später (1951) auch Janos Kadar ab. Unterschiedlos auf Grund erpresster und gefälschter Geständnisse, durch «schwere Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit», wie es nachher in der Amtssprache hiess, mit allerdings sehr verschiedener juristischer Konsequenz. Während sich das amtliche Budapest bis zur Stunde hartnäckig weigert, das Oberhaupt der katholischen Kirche Ungarns offiziell zu rehabilitieren (das ist die Ursache des andauernden «Kardinalsproblems») wurde Janos Kadar volle Genugtuung zuteil.

### Kadar «behandelte» Rajk persönlich

Diese Gunst der Gerechtigkeit hat der magyarische KP-Führer indessen auf Grund seiner Vorleistung als Innenminister während des Rajk-Prozesses keineswegs verdient. Kenner der Lage wollen wissen, dass ihn «Stalins bester ungarischer Schüler», M. Rakosi, in die Zelle des Todeskandidaten mit dem Befehl entsandte, diesen zu beruhigen, ihm zu sagen, der Prozess sowie die dabei ausgesprochene Galgenstrafe seien bloss zum Schein erfolgt. Rajk selber müsse all dies «im Interesse der KP-Sache auf sich nehmen», in Wirklichkeit werde er sofort nach der Urteilsverkündung an das sowjetische Schwarzmeerufer, nach Sotschi, gebracht.

Ueber dieses Gespräch Janos Kadars hat Rakosi für seine moskowitzischen Auftraggeber ein noch heute vorhandenes Tonband aufnehmen lassen. Mit diesem wird der KP-Führer Ungarns seit seiner sowjetischen Einsetzung am 4. November 1956 in Schach gehalten. Wie peinlich wäre es gewesen, wenn man dieses Tonband während der jüngsten Rehabilitierungsfeierlichkeiten Laszlo Rajks abgespielt hätte.

### Der heutige MTI-Direktor sass über dem ermordeten und jetzt pompös rehabilitierten Rajk zu Gericht

Kardinal Mindszenty und gleichzeitig Janos Kadars Ankläger heisst Dr. Gy. Alapi. Der Regisseur dieser und anderer Blutgerichte im Auftrag des moskowitzischen Apparates (vor jeder Verhandlung erhielt er seine Weisungen im Hauptquartier der Geheimpolizei) lebt heute noch ungeschoren in Budapest. Man kann ihn in seinem Stammkaffeehaus antreffen, immer häufiger aber mit starren Augen auf den Strassen umherirrend. Es heisst, Gewissensbisse plagten ihn. Auf Direktfragen, «Wie konntest du das so lange machen», antwortet Dr. Alapi: «Ich wurde jeweils durch ungarische Politoffiziere einem sowjeti-

schen Beamten vorgeführt und durch Drohungen gegen Leib und Leben unter Druck gesetzt.»

Der Vorsitzende in beiden Monsterprozessen hat von seiner Seelenpein einen schnelleren Ausweg gefunden als Dr. Alapi: er verübte Selbstmord. Zwei Schöffen im Blutgericht von Laszlo Rajk leben indessen noch, und zwar gar nicht schlecht. Antal Apro, Ungarns Wirtschaftsführer bzw. Comecon-Beauftragter, und Sandor Barcs, Mitglied des Präsidialrates, Präsident des Ungarischen Journalistenverbandes sowie auch der ungarischen Depeschagentur MTI. Die letztere Persönlichkeit erweist sich alles andere als schuld-bewusst oder gar traurig. Wir trafen sie am 11. Mai 1968 in charmanter Begleitung unter den Arkaden des Bratislaver Hotels «Devin». Hierher dürfte der benachbarte Wienercharme ausgestrahlt haben, zumal der Gebieter des ungarischen Informationswesens Cousin ersten Grades des österreichischen Presseattachés in Budapest, Dr. Kremser, ist. Daher rührt vielleicht seit drei Jahren eine gewisse Tönung der rot-weiss-roten Gazetten im rot-weiss-grünen Sinn(?).

All dies ist bitterer Ernst, im Vergleiche dazu die Folge bloss ein Spiel. Genau gesagt ein Schauspiel, denn diesem Berufe huldigte in seinen Anfängen der frisch gebackene Chefideologe Ungarns, György Aczel. Auf dem Vorkriegstheaterblatt des Madach-Dramas «Moses» tritt Aczel als «fünfter Jude» auf, und es gelang ihm auch in der weiteren Folge nicht, sich auf den Brettern vorwärts zu arbeiten bzw. in ein besseres theatrales Rampenlicht zu rücken. Weitaus beachtlicheren Erfolg vermochte er jedoch auf der organisatorischen Ebene zu buchen, als er die ersten jüdischen Spenden für den KP-Untergrund im Horthy-Regime sammelte. Erst unlängst zum Agitprop-Chef avanciert, muss Aczel jetzt — obgleich selber Jude — den geistigen Apparat Janos Kadars gegen Israel in Stellung bringen und die Hemmungen abschreiben, die ein wackerer Kommunist nicht haben darf.

Im Gleichschritt mit ihm marschiert Dr. Gerd Biro, Generaldirektor und Pressechef der Ungarischen Handelskammer, vormals Vizepressechef im Budapester Aussenamt, bis 1968 (seit 1966) «Liquidator» eines guten Dutzends westlicher Ungarn-Berichterstatter der Weltpresse. In seiner neuen Eigenschaft, wie er es auch unlängst in der Oesterreich-Sendung von Radio Budapest tat, will Dr. Biro den Kapitalisten die Meinung verkaufen, sie könnten mit Ungarn auf lange Sicht hin gute Geschäfte tätigen. Ob eine solche Rechnung aufgeht, zeigt sich immer erst dann, wenn der Käufer von Politik oder Wirtschaft Ungarns durch dessen Polit-Polizei-Regime über kurz oder lang zur Kasse gebeten wird. ■